Bezugspreis
für Halle vierteljährlich bei zweimaliger Zustellung 2,50 M., durch die Post 2,25 M., ausschl. Zustellungsgebühr. Bestellungen werden von allen Reichspostanstalten angenommen.
Im amtlichen Zeitungs-Verzeichnis unter „Saale-Zeitung" eingetragen.

Für unverlangt eingehende Manuskripte wird keine Gewähr übernommen.
Nachdruck nur mit Quellenangabe: „Saale-Ztg." gestattet.

Fernsprecher der Redaktion Nr. 1160; der Anzeigen-Abteilung Nr. 176; der Abonnementsabteilung Nr. 1133.

Abend-Ausgabe.

Saale-Zeitung.

Sechsundvierzigster Jahrgang.

Anzeigen
werden die 6 gespaltene Kolonelzeile oder deren Raum mit 30 Pfg., solche aus Halle mit 20 Pfg. berechnet und in unseren Annahmestellen und aller Annoncen-Expeditionen angenommen. Reklamen die Zeile 75 Pf. für Halle, auswärts 1 Mk.

Erscheint täglich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Redaktion und Haupt-Geschäftsstelle: Halle, Gr. Brauhausstraße 17; Nebengeschäftsstelle: Markt 24

Nr. 217. Halle a. S., Donnerstag, den 9. Mai. 1912.

Die Panamakanal-Kommission.

Eine Unterredung.

Die Kommission, die der deutschen Regierung die offizielle **Einladung zur Eröffnung des Panamakanals überbringt, ist in Berlin eingetroffen.** Einer unserer Mitarbeiter hatte Gelegenheit, ein Mitglied der Kommission zu sprechen und interessante Aufschlüsse über den Stand der Kanalbauten zu erlangen. Unser Mitarbeiter schreibt:

Auf Aktenstücken und Briefschaften dieser von der Washingtoner Regierung bevollmächtigten Kommission prangt das Siegel der großen leitenden Isthmus-Kanal-Kommission: The Land Divided — The World United (Zerttennt das Land — Die Welt umspannt). „Ein stolzes Wort", meinte ich, „wird denn das gewaltige Werk auch wirklich rechtzeitig fertig werden?" — „Es wird früher fertig sein, als versprochen und angekündet. Vielleicht erinnern Sie sich noch, daß die Kanalkommission schon im Oktober 1909 den Kanal, wenn auch mit Vorbehalt, als halb vollendet erklärte. Nach Berechnungen, deren Ergebnisse nicht anzuzweifeln sind, betrugen damals die ausgehobenen Erd- und Felsmassen etwa 50 Prozent des im ganzen herauszuholenden Bodens. Einbegriffen waren dabei die 17 Proz. durchaus ebenbürtiger Bauarbeit, die schon das französische Isthmusunternehmen an verschiedenen Stellen des Kanalbettes geleistet hatte; auch jenen Franzosen muß bei der Eröffnung ein wohlverdienter Teil der allgemeinen Anerkennung zukommen. Aber weiter. Am 10. September 1910 waren von den 84 Millionen Kubikyard des Culebraschnitts 50 Millionen bewältigt, und von den 100 Fuß Höhe des Gatun-Dammes waren bereits 60 Fuß aufgetragen. Heute, im Frühjahr 1912, sind noch rund 30 Millionen Kubikmeter auszuheben. Während des letzten Jahres sind schon über 30 Millionen Kubikmeter Boden am Culebragebirge, dem schwierigsten Punkt des Baues, ausgehoben. Diese nachweisbaren Ziffern geben uns das Recht, in Aussicht zu stellen, daß der Kanal schon vor der eigentlichen feierlichen Eröffnung der Schiffahrt geöffnet werden kann."

„Man hat in Europa und bei uns in Deutschland mit Besorgnis von den eingetretenen Erdrutschen und Vulkanausbrüchen vernommen . . ." „Erdbeben und Vulkanausbrüche sind höhere, unberechenbare Gewalt, sind eine Gefahr, mit der schließlich jedes menschliche Bauwerk rechnen muß. Der Panamakanal ist jedenfalls von dieser Gefahr bis jetzt nicht direkt betroffen worden. Die Erdrutsche allerdings sind mit der wachsenden Höhe der Kanalufer zahlreicher und damit eine schwere Sorge für die Bauleitung geworden. Schwere Bedenken sind auch bei der Schaffung des großen Sees zu Gatun mit seinen 164 Quadratmeilen Oberfläche und bei der äußerst schwierigen Fundierung des gewaltigen Staudammes aufgetreten. Auch die Erhaltung der tiefen Fahrrinne in diesem See stellt noch heute den Ingenieuren eine Aufgabe, die nach Ansicht führender Fachleute erst im letzten Stadium des Kanalbaues und nach den ersten regenarmen Jahreszeiten, die der Kanaleröffnung folgen werden, in ihrer vollen Tragweite in die Erscheinung treten wird."

„Leiter des technischen Teiles ist immer noch der Oberst Goethals?" „Die Besetzung des leitenden Amtes hat seit dem Beginne der amerikanischen Kanalarbeiten zweimal gewechselt; die beiden ersten Inhaber waren Bauingenieure, hervorgegangen aus dem Privateisenbahnwesen der Vereinigten Staaten; der derzeitige Inhaber dagegen ist vom Präsidenten der Union aus dem Ingenieurkorps der nordamerikanischen Armee gewählt worden. Er hat nicht nur den Vorsitz des technischen Departements der Kanalkommission inne, sondern auch die allgemeine Oberaufsicht des Kanalbaues und die Erledigung dessen geschäftlichen Teiles. Um das technische Departement gruppieren sich alle anderen. Sie haben hier das Gegenteil einer bureaukratischen Organisation. Die große Kanalkommission besteht aus sieben Mitgliedern. Sie ist die Regierung der Kanalzone. Jedes Mitglied befehligt eine Abteilung des Verwaltungswesens und hat in einem jährlichen Bericht den gesetzgebenden Körperschaften der Vereinigten Staaten, d. h. dem Präsidenten, dem Senat und dem Repräsentantenhause über die Tätigkeit seines Ressorts Rechenschaft abzulegen. Die Kanalkommission gibt auf dem Isthmus selbst eine Zeitschrift heraus, den Canal Record, der wöchentlich erscheint und worin alle Vorgänge in der Kanalzone besprochen und die Anordnungen der Behörde bekanntgegeben werden. Ein alljährlicher Gesamtbericht der Kommission, der Oeffentlichkeit sofort zur Verfügung gestellt, ist mit vielen Zeichnungen und Lichtbildern ausgestattet; er behandelt den Fortschritt der Arbeiten und die von der Bauleitung getroffenen Maßnahmen. Die Kommission hat ihren Sitz in Ancon bei Panama. Die Arbeiten werden nach menschlicher Berechnung ganz sicher rechtzeitig zu Ende gehen und der Welt wird nichts verheimlicht werden."

Ueber politische und militärische Fragen des Panamakanals sich auszulassen, weigern sich die Herren der in Berlin weilenden Kommission. Nach den peinlichen Folgen der Goethals-Audienz ist diese Haltung begreiflich.

Der neue Botschafter in London.

Wie die „Tägl. Rundschau" erfährt, hat Freiherr Marschall v. Biberstein in London definitiv den Botschafterposten übernommen. Sein Nachfolger in Konstantinopel wird Freiherr v. Wangenheim sein.

Dagegen will die Londoner „Palmall Gazette" erfahren haben, daß der Zweck von Freiherrn Marschall von Bibersteins Mission nur eine Einzelaufgabe, wenn auch eine weit bestimmtere sei, als man bisher angenommen hat. Ein deutsch-englisches Abkommen über die portugiesischen Kolonien soll bevorstehen, wenn es nicht sogar schon im Prinzip festgelegt sei. Da Portugal seine Kolonien nicht veräußere, handle es sich nicht um eine Aenderung in der Souveränität, sondern nur um wirtschaftliche Einteilung in Interessensphären für Deutschland und England. Baron Marschall v. Biberstein soll, wenn möglich, das Abkommen auf orientalische Angelegenheiten und eine endgültige Beilegung des Bagdadbahnproblems ausdehnen. Die deutsch-englischen Verhandlungen seien daher ein internationales Ereignis von außerordentlicher Bedeutung.

Schließlich versichert der Korrespondent des „Matin" in London, er sei in der Lage, diese Gerüchte als vollkommen unbegründet zu bezeichnen. Die englische Regierung hätte noch unlängst im Parlament es offiziell abgelehnt, in irgend einer Weise das Prestige der portugiesischen Besitzungen zu verletzen. Was die Frage der Bagdadbahn betrifft, berichtet der Korrespondent weiter, so unterhandelt England zurzeit mit der Türkei über diese Frage, da es sich bei diesen Verhandlungen auch um wirtschaftliche Interessen am persischen Golf dreht; und dies um so mehr, als die Konzession der deutschen Gesellschaft nicht auch den letzten Teil der Bagdadbahn von Bassera nach dem Persischen Golf umfaßt. Nach einem anderen Gerücht soll zwischen Deutschland und England ein dahingehendes Abkommen bevorstehen, daß die englische Regierung an Deutschland ihr Protektorat über Sansibar abgibt. Der Korrespondent des „Matin" erklärt aber, versichern zu können, daß eine solche Hypothese von einem Mitglied des englischen Kabinetts niemals ins Auge gefaßt worden ist.

Deutsches Reich.

Ueberflüssige Wohltat.

(Von unserm Berliner Mitarbeiter.)

* **Berlin**, 9. Mai.

Die Winke, die von der Reichsregierung und vom Reichsbankpräsidenten der deutschen Hochfinanz vor nicht langer Zeit und, was die letztgenannte Instanz betrifft, wiederholt gegeben worden sind, sind augenscheinlich nicht durchweg nach Gebühr gewürdigt worden. Sonst wäre es nicht Tatsache, daß jetzt von einer deutschen Bankengruppe, der nur noch ein schweizerisches Institut sich gesellt, rund 48 Millionen Mark 5prozentige Goldpfandbriefe einer chilenischen Hypothekenbank öffentlich zur Zeichnung aufgelegt werden. Selbst ein dem Kommerzwesen so wohlwollend gegenüberstehendes Blatt wie das „B. T." protestiert energisch gegen einen derartigen Anreiz zur Auswanderung deutschen Kapitals. Auch nicht der Schatten eines Umstandes ist erkennbar, um deswillen solche Hilfsaktion zugunsten des chilenischen Grundbesitzes gerechtfertigt erschiene. Ist es denn dahin gekommen, daß deutschen Banken bei ihren Transaktionen lediglich das Verdienstmoment bestimmend ist, daß sie fragwürdigen fremdländischen Geldsuchern unter die Arme greifen, an der Not des heimischen Grundbesitzes aber vorbeisehen?

Die Schwierigkeiten der Hypothekenbeschaffung in Deutschland drohen zu einer verhängnisvollen Kalamität zu werden, der gegenüber die Selbsthilfe vermittelst organisatorischen Zusammenschlusses von Lokalinteressenten kein durchgreifendes Heilmittel darstellen kann. Eine gewisse Bankenpolitik will nun aber ein halbes Hundert von Millionen, mit denen in der Heimat einem ansehnlichen Teile der Hypothekennot sich steuern ließe, gegen ausländische Immobiliar-Schuldverschreibungen, deren Sicherheit ganz unkontrollierbar ist, eintauschen, und das Lockmittel ist die 5prozentige Rente nebst einem verhältnismäßig billigen Zeichnungskurs. Hierin präsentiert sich eine Art nationaler Politik, für die in den weitesten, deutsch empfindenden Volkskreisen das Verständnis fehlen dürfte. Die Sorgen des chilenischen Grundbesitzes sollten der gesamten deutschen Hochfinanz „Hekuba sein", und die Zulassungsstellen der deutschen Börsen würden sich ein nationales Verdienst erwerben, wenn sie Anträgen auf börsenmäßigen Handel in den neuen „Chilenen" die Genehmigung versagten. Dem unerwünschten Abströmen deutschen Geldes ins Ausland könnten dann wenigstens Schranken gezogen werden.

Die Niederlage der elsaß-lothringischen Regierung.

=g. Die Niederlage der elsaß-lothringischen Regierung im Falle Gravenstaden, zu der wir gestern bereits Stellung genommen haben, beschäftigt fortgesetzt die süddeutsche und rheinische Presse. Wie wir Ausführungen der „Frankfurter Ztg.", die in dieser Angelegenheit einen der „Saale-Ztg." entgegengesetzten Standpunkt vertritt, entnehmen, ist der für die Regierung in erster Linie in Betracht kommende Zeuge für die Deutschfeindlichkeit des Fabrikdirektors Heyler ein Baron de Dietrich (Aufsichtsratsmitglied der Gravenstadener Firma), der zwar am 11. März d. J. in Berlin erklärte, er könne sich von der deutsch-feindlichen Gesinnung des Direktors Heyler nicht überzeugen, der aber in einer späteren Erklärung schriftlich zugestand, daß das bisherige Verhalten des Direktors nicht zu billigen sei und unhaltbare Zustände herbeigeführt habe, zu deren Beseitigung nun alles geschehen müsse". —

Es ist nicht unsere Sache, diese zwiespältige Auffassung des Barons de Dietrich auf ihre Ursachen zu untersuchen, wie es die „Frankfurter Ztg." tut. Die aktenmäßige Erklärung mit dem gewiß nicht gern gegebenen Zugeständnis der Deutschfeindlichkeit des Direktors liegt vor, an sie haben wir uns zu halten.

„Wir stehen nicht auf dem Standpunkt, daß eine Regierung unter allen Umständen ein Unternehmen mit Aufträgen versehen müsse, auch dann, wenn es sich in offensichtlich feindlicher Weise dem Staate gegenüberstellt, so wie es von Gravenstaden und seiner Leitung behauptet wurde. Es gibt eine Grenze der Selbstachtung, für die jeder Mensch Verständnis besitzt . . . ."

Die Meinung desselben Blattes, daß die Regierung kein Recht habe, sich über den Geist zu vergewissern, der in einem solchen Unternehmen steckt, mag in altdeutschen Provinzen vertreten werden können, in einem annektierten Lande aber, dessen Bevölkerung nach mehr als 40 Jahren so offenkundig mit Frankreich sympathisiert, nach diesem Rezepte verfahren, wäre Selbstmord. Wir sind mit dieser Politik der Duldung und der Nachsicht weder in Posen noch im Elsaß auch nur keinen Schritt vorwärts gekommen.

*

Ueber die Verhandlungen in der Straßburger Kammer wird uns noch berichtet:

Unterstaatssekretär Mandel führte aus: Die Berichte über das Verhalten des Direktors Heyler seien vom Bezirkspräsidenten und vom Kreisdirektor verfaßt, denen sie von der Regierung zur nochmaligen genauen Prüfung zurückgegeben worden seien. Direktor Heyler leitete die beiden Vereine der Fabrik in ganz französischem Fahrwasser. Er habe die bisherigen Leiter der Fabrikfortbildungsschule entfernt, um den deutschen Schulinspektor nicht zur Kontrolle zu haben. Unter den zweitausend Arbeitern und Angestellten der Fabrik seien nur vier altdeutsche Arbeiter und Angestellte. Die Berichte seien im Original nach Berlin gegangen, worauf der preußische Eisenbahnminister geantwortet habe, es seien aus Selbstachtung die Bestellungen einzuhalten, bis Wandel in der Fabrik geschaffen sei. Er, Mandel, sei vom Minister aufgefordert worden, zwecks Regelung der Angelegenheit mit der Fabrikleitung zu verhandeln. Das sei geschehen. Aber zu einer vollkommenen Erledigung sei es dabei nicht gekommen, und er habe erwartet, daß der Aufsichtsrat der Fabrik zusammentreten werde, um über den Vorschlag zu entscheiden, ob man Aufträge des Ministeriums weiter bekommen und Direktor Heyler entlassen wolle — es sei noch eine Wartezeit bis zu einem Jahre zugestanden worden —, oder ob man auf die Aufträge verzichten wolle. Statt dessen sei die Entscheidung der Angelegenheit in der Ersten Kammer durch den Abg. Blumenthal kundgegeben worden, was als illoyales Verhalten der Direktion der in Mülhausen befindlichen Filiale bezeichnet werden müsse, da die Verhandlungen mit diesen Herren geheim geführt werden sollten. Um ein Konkurrenzmanöver handelt es sich bei der ganzen Sache keineswegs, sondern um die Tatsache, daß der Direktor eines Werkes, das preußische Militäraufträge erhält, den deutschen Verwaltungen gegenüber sich anständig benehmen soll. Sobald der Direktor entfernt ist, bekommt die Fabrik wieder alle Aufträge. Wir zwingen sie nicht, wir stellen sie nur vor die Wahl. Sollte der Aufsichtsrat die Fabrik nach Belfort verlegen, so ist von uns dafür Vorsorge getroffen, daß das Gravenstadener Werk von deutschen Fabriken übernommen wird. Ich kann daher die Interpellation dahin beantworten: „Die elsaß-lothringische Regierung wird ihre Bemühungen fortsetzen, dem Gravenstadener Werk die preußischen Aufträge in vollem Umfang zu erhalten, falls das Werk

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19120509021/fragment/page=0001

einen geeigneten Direktor erhält. Sollte das Werk aufgehoben werden, so würde die elsaß-lothringische Regierung dafür Sorge tragen, daß die zweitausend Arbeiter nicht brotlos werden."

Sturmszenen in der Dresdener Kammer.

(Wie konservative Abgeordnete Gesetze, die ihnen mißliebig sind, zu Fall bringen.)

§§ Aus **Dresden**, 8. Mai, wird uns berichtet:

Die Deputation der 2. Kammer des Sächsischen Landtages hatte einen sozialdemokratischen Antrag zur Annahme empfohlen, in dem die Regierung aufgefordert wird, dem Landtag einen Gesetzentwurf vorzulegen, wonach Einkommen bis zu 600 Mark von der Staatseinkommensteuer befreit werden, ohne daß den in Betracht kommenden wahlberechtigten Personen das Wahlrecht vom Landtage dadurch genommen wird. Gegen diesen Antrag hatten sowohl die Regierung als auch die Konservativen und Nationalliberalen in der mehrstündigen Erörterung Stellung genommen, so daß bei den Parteiverhältnissen des Hauses die Ablehnung des Antrages bevorstand. Nun waren die Sozialdemokraten und Fortschrittler, die zusammen über 37 Stimmen verfügen, fast vollzählig anwesend, während von den Parteien der Rechten zusammen nur 11 Abgeordnete anwesend waren. Dieses Stimmenverhältnis hätte die Annahme des sozialdemokratischen Antrages zur Folge gehabt. Um das zu verhindern, beantragte der nationalliberale Abgeordnete Nitzsche, die Abstimmung auf morgen zu vertagen, andernfalls zweifle er die Beschlußfähigkeit des Hauses an. Dieser Antrag rief unter der Linken große Erregung hervor. Der Sozialdemokrat Findermann opponierte dagegen. Er sagte, das Haus, das ohnedies mit Arbeit überlastet sei, könne doch nichts dafür, daß die Abgeordneten der Rechten Sitzungen schwänzten. Der fortschrittliche Abgeordnete Günther stellte den Antrag, die Beschlußfähigkeit des Hauses durch Namensaufruf festzustellen. Die Auszählung hätte die Beschlußfähigkeit ergeben, da sich 48 Abgeordnete im Saale befanden, während für die Beschlußfähigkeit nur 47 Abgeordnete nötig sind. Plötzlich verließen fünf konservative Abgeordnete fluchtartig den Saal und machten damit das Haus beschlußunfähig. Die Auszählung, während der viele ironische Zwischenrufe fielen, ergab die Anwesenheit von 43 Mitgliedern. Auf den Bänken der Sozialdemokraten löste die Mitteilung einen großen Lärm aus. Einige sozialdemokratische Abgeordnete umringten den Abgeordneten Nitzsche und drangen, lebhaft gestikulierend, auf ihn ein. Die Erregung steigerte sich noch, als die fünf konservativen Abgeordneten wieder den Saal betraten. Der Sozialdemokrat Findermann beruhigte seine Fraktionskollegen, und endlich gelang es seinen und den Bemühungen des Präsidenten Dr. Vogel, die Ruhe wiederherzustellen, worauf der Präsident die Abstimmung vertagte.

Landtagsersatzwahl.

Trier, 9. Mai. Die Landtagsersatzwahl für den Abgeordneten Roeren im Landtagswahlkreise Trier findet am 20. Juli in Trier statt.

Parlamentarisches.

Die Annahme der Militärvorlage.

Berlin, 9. Mai.

Die Budgetkommission des Reichstages erledigte gestern zunächst den auf das Landheer bezüglichen Teil der Wehrvorlage. Zur Verhandlung stand noch die durch die Wehrvorlage nötig werdende Ergänzung des Etats des preußischen Reichsmilitärkontingents für 1912. Bemängelt wird die Höhe der Mietsentschädigung von 15 333 Mk. für einen Armeeinspekteur in Saarbrücken, ferner die Häufung von Rationen. Generalmajor Wandel gibt darüber Aufklärung. Die Zahl der Rationen bedeutet nicht, daß soviel Pferde gehalten werden sollen, sondern ist nur eine allgemeine Entschädigung für Pferdehaltung. Ein Zentrumsantrag, nur 12 000 Mk. Mietsentschädigung einzusetzen, wird einstimmig angenommen.

Auf die schon in der Petitionskommission bei Beratung der **Eingabe des Verbandes der Städte unter 25 000 Einwohner gestellte Frage, wohin die neuen Truppenteile kommen sollen**, ist der Kriegsminister bereit, Auskunft zu geben; es kann aber nicht öffentlich geschehen. Als aus der Kommission die Petition einer Stadt um Zuteilung einer Garnison erwähnt und unterstützt wird, macht der Kriegsminister von neuem darauf aufmerksam, daß etwa 500 solcher Wünsche vorliegen. Am Schluß der Etatsberatung sollen die Wünsche besprochen werden. Zu bemerken ist, daß überall Ausgaben für Grunderwerb fortfallen.

Der Ergänzungsetat für Preußen sowie mit geringfügigen Aenderungen für Sachsen und Württemberg wird angenommen.

Die Beschlußfassung über die wegen der Wehrvorlagen nötigen Aenderungen des Hauptetats werden ausgesetzt, bis die Frage der Deckung durch Beschlüsse der besonderen Kommission für die Branntweinsteuer besser übersehen werden kann. Einstweilen hat sie von den aus der Vorlage zu erwartenden Einnahmen in Höhe von 36 Millionen **19 Millionen für Brennereizwecke abgezweigt.**

Damit ist die Beratung über die Wehrvorlage, soweit sie das Landheer betrifft, beendet.

Die Kommission geht über zum eigentlichen Etat der Heeresverwaltung für 1912. Bei der Frage der Bezirkskommandos fragt ein nationalliberales Mitglied nach der Stellung der Militärbehörden zu der Frage der Reaktivierung der Kommandeure und Offiziere. Der Kriegsminister verhält sich aus militärtechnischen Gründen persönlich ablehnend, behält sich aber eine endgültige Entscheidung vor. Der Etat fordert eine Besetzung von zehn Kommandos mit Regimentskommandeuren, anstatt der Stabsoffiziere. Von fortschrittlicher Seite wird das abgelehnt, von einem Zentrumsmitglied nur für einzelne der größten Bezirke für nötig gehalten.

Ein nationalliberales Mitglied bringt zur Sprache, daß in Einzelfällen bei der Wahl zu Reserveoffizieren an Volksschullehrer die Frage gerichtet ist, ob sie die Mittelschullehrerprüfung gemacht haben. Die Militärbehörde bezeichnet das als einen Mißgriff, der schon Erledigung gefunden hat.

Der Kriegsminister denkt nicht an eine Ausdehnung auf sämtliche Bezirkskommandos. In erster Linie wird an solche gedacht, wo übermäßig große Zahlen von Offizieren vorhanden sind, sodann wo große Zahlen von Mannschaften zu kontrollieren sind. **Auf Antrag des Berichterstatters werden gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und der Volkspartei von den geforderten zehn Kommandos fünf Stellen bewilligt.**

Bei dem Posten **Naturalverpflegung wird eine Uebersicht gewünscht, wieviel die Provianträmter direkt vom Produzenten aufkaufen.** Die Militärbehörde erklärt hierzu, daß den Aemtern der Grundsatz vorgeschrieben ist, möglichst aus erster Hand zu kaufen. Ein volksparteiliches Mitglied wünscht keine prinzipielle Bevorzugung der Produzenten, sondern nur, soweit dabei billiger oder besser gekauft wird.

Das Reichs- und Staatsangehörigkeits-Gesetz.

Die Kommission für das Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetz setzte gestern ihre Beratung fort. Sie rechnet darauf, bis Pfingsten die erste Lesung zu erledigen. Die Beratung gedieh bis § 19.

Beim § 11 wurde auf Antrag der Nationalliberalen die Bestimmung der Vorlage dahin erweitert, daß einem im Reichsdienst angestellten Ausländer, der seinen dienstlichen Wohnsitz im Auslande hat, auf seinen Antrag an Stelle der Staatsangehörigkeit auch die unmittelbare Reichsangehörigkeit vom Reichskanzler verliehen werden kann.

Beim § 16 wird auf Antrag der Nationalliberalen zu der Bestimmung, daß die Entlassung aus der Staatsangehörigkeit jedem auf seinen Antrag erteilt wird, der nachweist, daß er die Staatsangehörigkeit in einem anderen Bundesstaate besitzt, beschlossen, daß, wenn dieser Nachweis fehlt, oder der Antragsteller erklärt, daß er die Bundesangehörigkeit auch in jedem anderen Bundesstaate aufgeben will, die Entlassung mit der Wirkung erteilt wird, daß der Antragsteller damit auch die Reichsangehörigkeit verliert.

Nach § 19 der Vorlage gilt die Entlassung als nicht erfolgt, wenn der Entlassene bei Ablauf von 6 Monaten nach der Aushändigung der Entlassungsurkunde seinen Wohnsitz oder seinen dauernden Aufenthalt im Inland hat. Diese Frist wird auf ein volles Jahr erhöht.

Zur Stichwahl in Varel-Jever.

In letzter Stunde hat auch die nationalliberale Fraktion des preußischen Abgeordnetenhauses an den Vorsitzenden der nationalliberalen Organisation im Wahlkreise Varel-Jever folgendes Telegramm gesandt:

„Dr. Bartikowski, Varel, Oldenburg. In einmütigen Auftrage der Preußischen nationalliberalen Landtagsfraktion bitte ich unsere Parteifreunde dringend, bei der Stichwahl für Dr. Wiemer zu stimmen.

Dr. Friedberg."

Kleine vermischte Nachrichten.

Als Nachfolger des Präsidenten Schmidt in der Verwaltung der Generaldirektion der elsaß-lothringischen Eisenbahnen ist Wirklicher Geheimer Oberregierungsrat Fritsch, Dirigent im Reichsamt für die Verwaltung der Reichseisenbahnen in Berlin, bestimmt. — Die Einrichtung der sogenannten „kleinen Anfragen", die durch die jüngst geänderte Geschäftsordnung des Reichstags geschaffen worden ist, sollte heute zum ersten Male erprobt werden. Bis zum Mittwoch-Abend indes, dem letzten Termin der schriftlichen Einbringung, waren im Bureau des Reichstags keinerlei kleine Anfragen eingelaufen, so daß also der erste Tag, der für diese bestimmt war, die neue Errungenschaft nicht ausnutzen kann. — Ein Telegramm aus Kiel berichtet: Der anfangs landesparteiliche, später nationalliberale Landtagsabgeordnete Gutsbesitzer Ludwig Feddersen auf Rosenhof ist im 82. Lebensjahre gestorben.

Weinkontrolle. In der bayerischen Abgeordnetenkammer kam ein liberaler Antrag zur Verhandlung, die bayerische Regierung wolle bei den Bundesstaaten dahin wirken, daß die Ausführung des Gesetzes über die Weinkontrolle künftig in allen Bundesstaaten einheitlich und nach der bayerischen Auffassung gehandhabt werde. Vor allem sollen die Bestimmungen über den Verkehr mit Auslandsweinen in Uebereinstimmung gebracht werden mit den Anforderungen der Nahrungsmittelgesetze. Außerdem beantragte Professor Dr. Hammerschmidt auch noch die Errichtung einer Weinkontrollzentrale unter Beiziehung von Sachverständigen!

Hof- und Personalnachrichten.

✻ Während des Aufenthalts des **Kaisers** in Metz findet eine große militärische Uebung auf Fort Lothringen statt, wobei insbesondere das Zusammenwirken der Luftschiffe und Flugmaschinen dem Kaiser vorgeführt werden soll. Neben der Garnison Metz nimmt das gesamte Metzer Fliegerkorps, das Zeppelin- und das Parseval-Luftschiff an den Uebungen teil.

✻ **Prinz Adalbert von Preußen** ging Mittwoch — wie uns aus Kiel telegraphiert wird — mit den Offizieren der Marineakademie an Bord des Schulschiffs „Grille" durch den Kaiser-Wilhelm-Kanal zu einer achttägigen Belehrungsfahrt nach der Nordsee. Die Unterseebootsflottille dampfte auf dem Kanalwege nach Helgoland, um an den Uebungen der Hochseeflotte teilzunehmen.

✻ **Prinz Waldemar von Preußen** ist in Tokio von dem Kaiser und der Kaiserin von Japan in Audienz empfangen worden. Nach dem Empfang fand ein Galafrühstück bei dem Kaiser und der Kaiserin statt, an dem mehrere Prinzen und Prinzessinnen teilnahmen. Vor der Audienz übersandte der Kaiser dem Prinzen den Chrysanthemumorden. Am Donerstag wird der Kaiser den Besuch erwidern, und Prinz Kanin wird zu Ehren des Prinzen Waldemar ein Diner geben.

✻ Aus **Dessau**, 8. Mai, wird gemeldet: Der **Großherzog** und die **Großherzogin von Mecklenburg-Strelitz** sind heute 3 Uhr 19 Min. nachmittags hier eingetroffen und haben im Herzoglichen Palais Wohnung genommen. Im Gefolge befindet sich Hofdame Gräfin von Schweinitz. — Der Herr Staatsminister ist lt. „Anh. Staatsanz." gestern abend von einer dreitägigen Erholungsreise zurückgekehrt und hat die Leitung der Geschäfte wieder übernommen.

✻ **Der Herzog von Koburg-Gotha** begab sich Mittwoch mit dem Oberhofmarschall von Rüxleben und dem Ordonnanzoffizier Oberleutnant von Veltheim im Auto nach Königsberg i. Fr., um dortselbst der **Hauptversamlung des „Landesvereins für Innere Mission"** beizuwohnen.

Ausland.

Die Italiener auf Rhodos geschlagen?

✧ Aus Konstantinopel wird gemeldet:

In der Deputiertenkammer verlas der Präsident ein, wie er ausdrücklich bemerkte, nichtamtliches Telegramm, nach dem die **Italiener eine vernichtende Niederlage auf Rhodos erlitten hätten. Tausende seien getötet und Tausende gefangen genommen worden.** Trotz der Vorbehalte des Präsidenten wurde die Nachricht von den Deputierten mit brausendem Jubel begrüßt. Andererseits zirkuliert in den Kreisen des Marineministeriums das Gerücht, auf Rhodos habe ein 10stündiger Kampf stattgefunden, der die Italiener 200 Tote und 1000 Gefangene gekostet habe. Die italienische Flotte habe sich zurückgezogen. Später verlautete im Kriegsministerium, amtlicher Meldung zufolge sei es den Türken auf Rhodos gelungen, die Italiener in eine Falle zu locken. Die Italiener seien umzingelt worden. 1000 Mann seien tot und verwundet. Der Kampf habe außerhalb der Stadt Rhodos stattgefunden, die Türken hätten den Italienern den Rückzug abgeschnitten. Die offiziöse „Agence Ottomane" verbreitete folgende Meldung:

„In Smyrna ist aus Rhodos die amtliche telegraphische Meldung eingegangen, daß unsere Truppen einen großen Sieg auf Rhodos davontrugen. Mehr als 1000 Italiener sind gefangen. Die italienische Flotte hat sich zurückgezogen. Die Italiener bombardierten die drahtlose Station erfolglos."

Das Ministerium des Innern erhielt über Marmaris eine Meldung des Wali von Rhodos, welcher die Meldung von dem türkischen Siege bestätigt. Die Nachricht wurde an der Hohen Pforte und den Redaktionen in Stambul angeschlagen und erregt begeisterte Freude. Das Blatt „Terdschumani Hakikat" meldet Einzelheiten über den Kampf. Danach hätte dieser Dienstag nachmittag begonnen. Die Türken hätten

die Italiener umgangen

und von drei Seiten mit großer Wut angegriffen. Die Italiener seien bestürzt zurückgewichen. Die Schiffsgeschütze hätten den Türken nicht schaden können. Die türkischen Verluste seien relativ gering. Weiter verlautet, die Türken hätten mehrere Geschütze erbeutet. Die Aktion der Flotte sei dadurch beschränkt worden, daß Schiffe mit großem Tiefgang sich der Insel nicht völlig nähern können. Die Türken seien mit der Miliz auf Rhodos mehrere tausend Mann stark. Ihr Erfolg sei auch, wie das „B. T." meldet, dadurch erklärlich, daß alles für die Eventualität einer italienischen Landung vorbereitet war. Die Munition war längst in die Berge gebracht, die Zugänge zum Höhenland durch Hindernisse verbaut. Die nach Rhodos entsandten Regulären sind Elitetruppen, die Offiziere an den Bandenkrieg durch Mazedonien gewohnt. Der Oberbefehlshaber der türkischen Truppen auf Rhodos ist General Reschid Pascha.

(Von italienischer Seite liegt bisher über die Vorgänge auf Rhodos keinerlei Meldung vor. — Die Red.)

Die Dardanellenfrage.

Konstantinopel, 9. Mai. Der Tag der Eröffnung der Dardanellen ist abermals auf unbestimmte Zeit verschoben worden.

Die englischen Luft- und Flottenmanöver.

Aus Weymouth wird unterm 8. d. M. gemeldet: „Das interessanteste Ereignis bei der Ankunft der königlichen Jacht „Victoria and Albert" in der Bucht von Weymouth, wo das gewaltige Kriegsgeschwader zum Empfange des Königs bereit lag, waren die erfolgreichen Manöver der Flugzeuge, namentlich des vom Kapitänleutnant Samson geführten Hydroplans „S 41". Die Blätter berichten begeistert von den vor den Augen des Herrschers und der Spitzen der Admiralität ausgeführten Uebungen dieser von Mr. Short erfundenen Maschine und prophezeien einen umwälzenden Einfluß auf die Flottenstrategie. Der Kapitänleutnant flog auf dem Wasserflugzeug heute früh von Portland und sichtete, nachdem er einen östlichen Kurs eingeschlagen hatte, die königliche Jacht, die mit ihrer Eskorte von Kriegsschiffen auf Weymouth zudampfte. Er umflog sie und ließ sich dann wie ein Albatros spielend auf die starkbewegte See nieder, um nach kurzer Zeit wieder in die Höhe zu schweben. Diese Manöver wiederholte er mehrfach mit der Leichtigkeit und Grazie eines gewaltigen Seevogels. Der König schaute von der Kommandobrücke seiner Jacht dem interessanten Schauspiel zu, und von der Admiralitätsjacht „Enchantress" aus wurde es vom Erfinder Short, den Ministern Asquith, Churchill, Lord Morley und den hohen Flottenoffizieren mit Spannung beobachtet. Nachdem die königliche Jacht in Weymouth vor Anker gegangen war, verhinderte Nebel die für heute angesetzten Flottenmanöver. Nachmittags klärte es sich genügend auf, um den Flottenfliegern mehrere interessante Schauflüge über dem Geschwader zu ermöglichen. Einer erhob sich bis zu 1000 Fuß und umkreiste das Flaggschiff „Neptune". Ein von dem bekannten Flieger Graham White ausgeführter kühner Flug fand besondere Anerkennung. White erhob sich von einem Felde, flog zur Flotte hinaus und schwebte dann wie ein Vogel, scheinbar stillstehend, über den Schiffen. Danach flog er über die Strandpromenade zurück und erhielt warme Ovationen von den dort versammelten dichten Menschenmengen. Zugleich mit ihm stieg, wie der „Tag" meldet, ein Flottenaeroplan vom Deperdussin-Typ auf, so daß die Zuschauer eine doppelte Vorführung des neuen Marineluftdienstes genossen."

Aus Marokko.

§ **Paris**, 9. Mai. Die „Achance fournier" meldet aus Tanger: Telegramme aus Casablanca besagen, daß die in der Umgebung von Marakesch ansässigen Stämme sich erhoben haben. Die Caspah von Meylina ist von den Ausständigen geplündert worden. Der Scheich sei getötet. In Marakesch herrscht lebhafte Unruhe.

Strafen gegen Verschwörer.

Es wird noch erinnerlich sein, daß vor einiger Zeit in Bangkok eine Verschwörung entdeckt wurde, die, wie es hieß, einen größeren Teil von Teilnehmern umfaßte, darunter auch eine Anzahl von Offizieren des Heeres und der Flotte. Nunmehr wird gemeldet, daß das Kriegsgericht 91 Personen der Verschwörung gegen das Leben des Königs schuldig erkannt hat. 3 Offiziere wurden zum Tode, 20 Offiziere zu lebenslänglichem Gefängnis und 68 andere Personen zu kürzeren Gefängnisstrafen verurteilt. Der König hat die Todesstrafe in allen Fällen in lebenslängliche Gefängnisstrafen und die auf lebenslängliches Gefängnis lautenden Urteile in 20jährige Gefängnisstrafen umgewandelt.

Kochrezepte erregen bei Hausfrauen immer viel Interesse, besonders aber, wenn sie Gerichte betreffen, die infolge ihrer leichten Verdaulichkeit und ihres hohen Nährwertes auch Kranken und Rekonvaleszenten gereicht werden können. Das „Kufeke"-Kochbüchlein enthält 104 solcher ausgeprobter Original-Kochrezepte für Kranke und Gesunde und ist in den Verkaufsstellen des Präparates kostenfrei erhältlich.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19120509021/fragment/page=0002

LAXIN-Konfekt das wegen seines Wohlgeschmackes, seiner milden, sicheren Wirkung mit Recht beliebteste Mittel zur Regelung des Stuhlganges und Verhütung von Verstopfung, für Erwachsene und Kinder, sollte in keinem Haushalt fehlen. Von zahlreichen Aerzten wärmstens empfohlen. Originalblechdosen mit 20 Fruchtkonfitüren Mk. 1.—
Man hüte sich vor minderwertigen Nachahmungen und verlange ausdrücklich LAXIN.

II. Internationaler Hausbesitzer-Kongreß.

Berlin, 7. Mai.

Der heutige Verhandlungstag des II. Internationalen Hausbesitzerkongresses war dem wichtigsten Thema des Kongresses gewidmet. Es stand heute zur Verhandlung

„Die Realkreditfrage und ihre beste Lösung für den Hausbesitz".

Der Generalberichterstatter Justizrat Dr. Baumert (Spandau) führte in seinem Referat aus: Das Institut der Hypothekenvereine, wie es in Dänemark besteht, erscheint am empfehlenswertesten. Dieselben gewähren dem Hausbesitzer Darlehne zu festem und niedrigem Zinsfuß, wozu noch eine sehr milde Amortisation kommt. Diese müsse man auch bei uns in Deutschland für die Hausbesitzer erreichen, wie es für die Landwirte schon erreicht sei. Der Referent legte schließlich folgende

Leitsätze

vor:

1. Die Hypothek muß seitens des Gläubigers in der Regel unkündbar sein.
2. Es ist deshalb die allmähliche Tilgung der Hypothek unerläßlich. Dem Schuldner ist es zu gestatten, bei einer Neubeleihung über den amortisierten Betrag zu verfügen.
3. Die Träger der Kreditanstalten dürfen nur die sämtlichen Hypothekschuldner sein; ihnen muß der sämtliche Gewinn in seiner letzten Wirkung zugute kommen.
4. Wird das Darlehen durch Ausgabe von Pfandbriefen verschafft, so empfiehlt sich a) daß die Pfandbriefe seitens des Inhabers unkündbar sind; b) daß der Hausbesitzer Pfandbriefe erhält bezw. daß die Pfandbriefe von der Kreditanstalt für seine Rechnung zu verkaufen sind und durch den Erlös die Valuta für die Hypothek zu beschaffen; c) daß der Hypothekschuldner die Schuld nach seiner Wahl jederzeit in Pfandbriefen oder bar tilgen darf; d) daß ihm beim Sinken des Zinsfußes gestattet ist, die Hypothekschuld in eine andere umzuwandeln und dabei über den amortisierten Betrag zu verfügen.

Die Kreditanstalten, die diesen Grundsätzen huldigen, haben dem Hausbesitzer den besten und billigsten Kredit verschafft. Für den städtischen Realkredit sind daher Hypothekenvereine oder Pfandbriefinstitute für erste und zweite Hypotheken nach dem Beispiele Dänemarks empfehlenswert, ja unerläßlich.

Direktor Dr. Minden vom Berliner Pfandbriefamt ergänzte seine schriftlichen Mitteilungen noch durch eine Darstellung des Berliner Pfandbriefamtes. Er billigte die Leitsätze des Referenten, die schon seit langer Zeit die Prinzipien des Berliner Instituts seien. Das Berliner Pfandbriefamt sei nach seiner Verfassung verpflichtet, jedem Berliner Grundbesitzer Kredit zu gewähren. Das scheine ihm die richtigste Lösung der Frage zu sein, wie sie schon Friedrich der Große für die schlesischen Rittergutsbesitzer angewendet habe. Natürlich habe diese Regel auch Ausnahmen. Das Institut sei nicht verpflichtet, Grundstücke zu beleihen, von denen vorauszusehen ist, daß sie ein großes Risiko haben, wie z. B. Theater usw. Für den Realkredit als Ganzes ist es aber das Günstigste, wenn verschiedene Rechtsinstitutionen bestehen bleiben, durch die er seine Bedürfnisse decken kann. Für den städtischen Grundbesitz seien das Beste, die Institute auf Gegenseitigkeit.

Stadtrevisor Axel Ramm (Göteborg) meint, daß der Staat nicht nur zur Finanzierung des Kleinwohnungswesens da sei, sondern auch zur Finanzierung des Wohnungswesens des Mittelstandes, sowie für alle Klassen ohne Ausnahme. Die Realkreditfrage sei in Schweden, soweit sie erste Hypotheken betrifft, durch den Staat gut geregelt; nur die Frage der zweiten Hypotheken harre noch ihrer Lösung.

Rechtsanwalt Dr. Remond stellt den Antrag, die Hausbesitzervereine mögen sich bemühen, die öffentliche Meinung für die Entwicklung des Realkredits zu interessieren. — Rechtsanwalt Dr. Pirkl (Reichenberg i. B.) schildert die Verhältnisse in Oesterreich, wo für die ersten Hypotheken Unkündbarkeit bestehe. Nur bezüglich der zweiten Hypotheken sei in Oesterreich keine Vorsorge getroffen. — Kunstanstaltsbesitzer Humar (München) bespricht die Frage des Realkredits für die zweiten Hypotheken. Die Gesamthypothekenbelastung in Deutschland betrage zur Zeit 62 Milliarden Mark, wovon vielleicht 10 Milliarden auf zweite Hypotheken eingetragen sind. Diese zweiten Hypotheken sind das ewig bewegliche Geld im Hausbesitz und darin liegt die eminente Gefahr für einen gesunden Hausbesitz. Daher ist es sehr wichtig, die zweiten Hypotheken in Bahnen zu lenken, die den Hausbesitz gesund erhalten und den Wohnungsmarkt beleben. Der Staat und die Gemeinden dürfen nicht bloß Neubauten unterstützen, sondern müssen auch den bestehenden Hausbesitz schützen. Es sind schon verschiedene Wege vorgeschlagen worden, um diese Frage zu lösen. So hat Gelsenkirchen vorgeschlagen, eine Versicherung für zweite Hypotheken einzuführen. Mannheim schlägt die Gründung einer Mietsverlustversicherung vor. München hat nun einen Weg beschritten, der sehr große Beachtung verdient. Vor drei Jahren gründete der Grund- und Hausbesitzerverein München eine Hausbesitzerbank, die in diesen Jahren einen Umsatz von 25 Millionen Mark zu verzeichnen hatte. (Hört, hört.) Wenn aber Selbsthilfe eingreift, dann müssen wir den soliden Hausbesitz trennen von dem, der nur Miete einnimmt und nichts bezahlen möchte. Daher müssen an diejenigen, die von der Bank zweite Hypotheken erhalten, sehr scharfe Bedingungen gestellt werden. Es fehlt vielfach noch bei unseren Hausbesitzern an Erziehung. Ein großer Teil der Hausbesitzer ist auch gar nicht kaufmännisch gebildet. Da nimmt die Frau oder die Tochter die Mieten ein und wenn dann Steuern zu bezahlen sind, wundert sich der Hausherr, daß kein Geld zum Bezahlen da ist. (Heiterkeit.) Die

Münchener Hausbesitzerbank

hat 600 000 Mark schon für zweite Hypotheken ausgegeben und hat dadurch bereits regelnd auf den zweiten Hypothekenmarkt eingewirkt. (Hört, hört!)

Sie hat insbesondere den Zinsfuß, den Privatkapitalisten verlangen, neu geregelt. So lange aber im B.G.B. die Bestimmung besteht, daß ein Hausbesitzer berechtigt ist, seine Mieten an dritte Gläubiger zu zedieren, so lange kann das gesamte Privatkapital auf dem zweiten Hypothekenmarkt nicht eingreifen. Der Redner stellt schließlich einen Antrag: der II. Internationale Hausbesitzerkongreß möge beschließen, zur Lösung der Frage des Realkredits der zweiten Hypothek eine Kommission einzusetzen. Diejenigen Städte Deutschlands oder des Auslandes, welche sich praktisch auf diesem Gebiet betätigen, sollen die Pflicht haben, jedes Jahr ihre Erfahrungen und Abrechnungen dieser Kommission einzusenden. Diese Kommission soll alles Material verarbeiten und anderen Vereinen, die sich neu anschließen wollen, zur Verfügung stellen.

Direktor Cohen (Hamburg) stimmt den Leitsätzen des Referenten zu. Auch in Hamburg bestehe ein ähnliches Institut wie in München, das aber weit rapidere Erfolge erzielt habe wie das in München. Das beste Mittel der Lösung der Frage der zweiten Hypotheken sei die Hypotheken-Assekuranz für das ganze Reich. Justizrat Dr. Baumert (Spandau) bezeichnet eine Konferenz der verschiedenen Kredit-Institute für wünschenswert, hält aber eine Hypothekenversicherung nicht für nötig, da dies schon durch die Pfandbrief-Institute versehen werde. Architekt Bisling (Berlin) stellt den Zusatzantrag, die Mündelsicherheit für zweite Hypotheken auf städtische Grundstücke zu erhöhen. Direktor Schöneberg (Königsberg) schildert die ostpreußischen Verhältnisse und teilt mit, daß dort die Hausbesitzer ein Institut gegründet haben; es sei ihnen aber nicht gelungen, ihre Schuldverschreibungen bei den Banken anzubringen, an der Haltung der Großbanken seien die Verhandlungen gescheitert.

Hierauf wurden die weiteren Verhandlungen des Kongresses auf morgen vertagt.

Provinzialnachrichten.

g. **Aus dem Elstertale**, 8. Mai. (Frühe Ernte in Sicht?) Schon von altersher besteht in verschiedenen landwirtschaftlichen Kreisen die Meinung, daß, wenn die Roggenähre sich vor dem 1. Mai zeigt, eine späte Ernte in Aussicht steht, während wenn sie im ersten Drittel dieses Monats zur Entfaltung gelangt, eine frühe Ernte zu erwarten ist. Diese Meinung gründet sich darauf, daß infolge eines milden, fruchtbaren Frühjahres die Fruchtarten frühzeitig zur Entwicklung gelangen, dann aber in der Regel ein kühler, niederschlagsreicher Sommer folgt, der die Reife verlangsamt, während umgekehrt ein kühles Frühjahr die Früchte in ihrer Entfaltung zurückhält, dann aber gewöhnlich ein heißer Sommer eintritt, der die Reife um so mehr beschleunigt. Heuer beginnt die Roggenähre sich jetzt zu zeigen; danach wäre also, wenn jene Meinung zu Recht besteht, eine frühe Ernte die Folge. Doch auch hier heißt es wie bei anderen Zukunftsaussichten: „abwarten".

g. **Osendorf**, 8. Mai. (Ausstand.) Mehrere feiernde Arbeiter zogen gestern durch die hiesigen Straßen nach Döllnitz zu. Dem Vernehmen nach waren es Ziegeleiarbeiter des Herrn G. Hier, welche wegen Forderung höherer Löhne in den Ausstand getreten sind.

g. **Lochau**, 8. Mai. (Elsterverunreinigung.) Während die „Weiße Elster" in letzter Zeit meist klares Wasser aufwies, führte sie am vergangenen Sonnabend und an den folgenden Tagen starke Verunreinigungen mit sich. Das Wasser hatte eine schmutzig-trübe, milchige Färbung angenommen und führte in Mengen dunkle, büschelartige Flocken mit sich. Fischsterben wurde nicht beobachtet; jetzt zeigt das Wasser wieder mehr Klarheit.

g. **Zöschen b. Merseburg**, 8. Mai. (Eisenbahn Merseburg—Zöschen—Leipzig.) Am vergangenen Sonntag fand im Gasthof „Zum schwarzen Bär" in Günthersdorf eine Sitzung der Kommission zur Förderung des Baues einer Eisenbahn Merseburg—Zöschen—Leipzig statt, welche von 40 Mitgliedern besucht war. In den Vorstand der Kommission wurden gewählt die Herren Stadtrat Thiele-Merseburg als erster Vorsitzender, Rittergutspächter Mirus-Kleindölzig als stellv. Vorsitzender, Pastor Heinicke-Zöschen als Schriftführer, Rentmeister Leck-Dölkau als stellv. Schriftführer. In den Arbeitsausschuß wurden gewählt die vorstehend genannten vier Herren und ferner die Herren: Bürgermeister Dr. Haacke-Merseburg, Rittergutsbesitzer Seltmann-Großdölzig, Gemeindevorsteher Sperling-Rückmarsdorf, Dr. med. Hein-Kötzschlitz, Gemeindevorsteher Waage-Kleindölzig, Rittergutsbesitzer Krötzsch-Wallendorf, Rittergutspächter Kaiser-Kötzschlitz, Geschäftsführer Martin-Zöschen, Gemeindevorsteher Jungähnel-Großdölzig, Rittergutspächter Haase-Kleinliebenau. Der Arbeitsausschuß wird die Bahnangelegenheit weiter behandeln und der Kommission von Zeit zu Zeit Bericht erstatten.

g. **Braunsdorf b. Merseburg**, 8. Mai. (Das Auge eingebüßt.) Der fünfjährige Sohn des Landwirts Fuß hier büßte beim Spielen das rechte Auge ein; ein zehnjähriger Spielkamerad hatte ihm mit einem Pfeil ins Auge geschossen.

g. **Kötzschau b. Merseburg**, 8. Mai. (Einbruchsdiebstahl. Ein äußerst frecher Einbruchsdiebstahl wurde Ende vergangener Woche hier ausgeführt. Während die Weberschen Eheleute sich auf Arbeit befanden und die Kinder in der Schule waren, ist ein Dieb in die Wohnung eingedrungen und hat außer anderen Kleinigkeiten 25—30 Stück Bratwürste gestohlen, sowie einige auf dem Hofe befindliche junge Gänschen totgeschlagen. Von dem Täter fehlt jede Spur.

Querfurt, 8. Mai. (Selbstmord.) Der frühere Feldhüter Schelle hat sich gestern abend erschossen. Die Veranlassung zu der Tat liegt in langem Leiden des bedauernswerten Mannes.

Erfurt, 8. Mai. (Kaiser-Wettsingen.) Der Erfurter Männergesangverein e. V. beschloß in seiner gestern abend abgehaltenen Hauptversammlung mit großer Majorität, auch an dem nächstjährigen Kaiserpreis-Wettsingen in Frankfurt a. M. teilzunehmen.

Pößneck, 6. Mai. (Talsperre.) Die heutige Konferenz in Sachen der Wasserversorgung unserer Industrie, an der als Vertreter der Regierung Wirklicher Geheimer Staatsrat Schaller, Herr Geheimer Regierungsrat Freiherr von Türcke aus Meiningen und Herr Baurat Eichhorn teilnahmen, hatte das Ergebnis, daß sich die Mehrzahl der anwesenden Fabrikanten für den Plan einer Gamsetalsperre aussprachen. Durch eine Umfrage soll der Bedarf der benötigten Wassermengen ermittelt werden. Ist das Ergebnis ein zufriedenstellendes, so wird die Angelegenheit an den Gemeinderat zur weiteren Verfolgung gehen.

Kunst und Wissenschaft.

Strindbergs letzter Wunsch.

Drei Aerzte wechseln jetzt miteinander an Strindbergs Lager ab; aber zu seinen Häupten sitzt unsichtbar der Tod und wartet, bis der Dichter ausgerungen. Seit einer Woche hat der Kranke nichts mehr zu sich nehmen können. Verwandte aus Finnland haben ihm köstliche Bouillon geschickt, Fremde haben herrliche Früchte aus Italien gesandt. Aber Strindberg schüttelt nur mit dem Kopf, wenn man ihm Nahrung anbietet. Selbst klares Wasser vermag der Magen nicht mehr anzunehmen. Trotzdem steht stets eine Flasche Champagner bereit, für den Fall, daß die Herztätigkeit aussetzen sollte. Infolge der Unmöglichkeit, Nahrung aufzunehmen, ist Strindberg völlig kraftlos und zum Skelett abgemagert.

Nichtsdestoweniger verfolgt er alles, was um ihn vorgeht, mit einer geistigen Frische, die den Aerzten Bewunderung entlockt. Er will beständig seine Kinder, die jetzt alle eingetroffen sind, um sich haben, selbst wenn er sich nicht mit ihnen unterhalten kann. Sie müssen jedoch dann stets mit ihm plaudern. Von allen Enden der Welt strömen ihm Briefe, Telegramme und Blumen zu; am meisten freut sich der Dichter jedoch über die Telegramme der großen ausländischen Bühnen, die ihm über die Erfolge seiner dramatischen Werke Kunde geben. Vor allen Dingen liegt dem sterbenden Dichter die Aufführung seines historischen Dramas „Gustav Adolf" am Herzen, die am 10. Juni im Zirkus zu Stockholm stattfinden soll. Täglich müssen dem Kranken genaue Berichte über die Vorbereitungen erstattet werden, zu denen er persönlich Anweisungen gibt. Es ist Strindbergs letzter Wunsch, diese Aufführung noch zu erleben.

Der deutsche Schillerpreis für die Jahre 1912/13 wurde dem Wiener Volksdichter Rudolf Hawel verliehen.

Allgemeiner Deutscher Kunstgewerbetag. Der Verband Deutscher Kunstgewerbevereine, der 44 Vereine mit 19 000 Mitgliedern umfaßt, veranstaltet aus Anlaß der Bayerischen Gewerbeschau 1912 in München vom 24. bis 26. Juni dieses Jahres einen allgemeinen Deutschen Kunstgewerbetag, zu dem jedermann Zutritt hat. Wichtige Tagesfragen des Kunstgewerbes kommen zur Behandlung. (Programme und Teilnehmerkarten durch den Vorort des Verbandes, den Verein für Deutsches Kunstgewerbe in Berlin W. 9, Bellevuestraße 3.)

Leitung: Wilhelm Georg.
Verantwortlich für den politischen Teil: Wilhelm Georg; für den lokalen Teil, für Provinzialnachrichten, Gericht, Handel: Eugen Brinkmann; für Ausland und Letzte Nachrichten: Karl Meitner; Feuilleton, Vermischtes usw.: Martin Feuchtwanger; für den Inseratenteil: Albert Barth. Druck und Verlag von Otto Hendel. Sämtlich in Halle a. S.
— Diese Nummer umfaßt 12 Seiten. —

Dankerfüllt sind alle, die einmal die mildkonservierende Wirkung der Myrrholinseife kennen gelernt haben und wollen keine andere Toilettenseife mehr benutzen. Sie ist für die empfindlichste Haut ein Talisman.

Garten-Tischdecken
Kokos-Teppiche und -Läufer. Japan-Matten.
Reiche Auswahl zu billigst gestellten Preisen.
Markisen-: Drelle. :
Bruno Freytag
Halle a. S., Leipzigerstrasse 100.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19120509021/fragment/page=0003

Nom. M 3000000,—

an I. Stelle hypothekarisch sichergestellte 5% Teilschuldverschreibungen der

Gewerkschaft Gute Hoffnung zu Cöln am Rhein

(Braunkohlengruben und Brikettfabriken)

Verwaltungssitz Frankleben bei Merseburg.

(Rückzahlbar zu 102%, Tilgung und Gesamtkündigung bis zum Jahre 1917 ausgeschlossen)

Stücke zu M 1000,—.

Die **Gewerkschaft Gute Hoffnung** hat ihren Sitz in Cöln.

Die **Dauer** der Gewerkschaft ist auf bestimmte Zeit nicht beschränkt.

Der **Gegenstand** des Unternehmens ist:

a) die Ausbeutung des Eisenerzbergwerks Rudolph II;
b) die Mutung und der Erwerb anderer Bergwerke und Kohlenfelder sowie die Beteiligung an anderen Bergwerken, insbesondere auch durch den Erwerb von Kuxen;
c) die Herstellung und der Betrieb von Anlagen und der Betrieb von Unternehmungen, welche die Ausbeutung der zu a) und b) bezeichneten Bergwerke bezwecken, sowie die Beteiligung bei solchen Anlagen und Unternehmungen;
d) die Verwertung der Erzeugnisse und Beteiligung an Unternehmungen, welche solche Verwertung bezwecken;
e) die Verwaltung und der Betrieb von Wohlfahrtsunternehmungen zwecks Förderung des Wohles der Arbeiter oder sonstigen Angestellten der Gewerkschaft, sowie Beteiligung an derartigen Wohlfahrtsunternehmungen.

Die Zahl der gewerkschaftlichen Anteile — Kuxe — beträgt tausend.

Das **Geschäftsjahr** umfasst die Zeit vom 1. April bis 31. März.

Den **Grubenvorstand** bilden zurzeit:

1. Bergwerksdirektor Willy Daelen, Wiesbaden, Vorsitzender;
2. Bergwerksdirektor Raymund Pierre, Eygelshoven (Holländisch Limburg), stellvertretender Vorsitzender;
3. Rechtsanwalt Hermann Bever, Düsseldorf;
4. Fabrikbesitzer Johannes Colsman, Langenberg (Rhld.);
5. Kaufmann Gustav Cremer, Uerdingen;
6. Fabrikant Friedr. Grüneberg, Cöln a. Rhein;
7. Fabrikbesitzer Alfred Luyken, Wesel;
8. Kommerzienrat Karl Scheibler, Cöln a. Rh.;
9. Bankdirektor Dr. jur. Otto Strack, Cöln a. Rh.;
10. Bankier Dr. jur. A. Strube, Bremen;
11. Kommerzienrat Fritz Vorster, Cöln-Marienburg.

Direktor der Gewerkschaft ist der Bergwerksdirektor Adolf Wagner in Frankleben bei Merseburg.

Die Bekanntmachungen der Gewerkschaft erfolgen durch:

1. Deutscher Reichsanzeiger;
2. Hallesche Zeitung;
3. Kölnische Volkszeitung;
4. Magdeburger Zeitung;
5. Rheinisch-Westfälische Zeitung;
6. Weser-Zeitung.

In der ausserordentlichen Gewerken-Versammlung der Gewerkschaft Gute Hoffnung vom 6. März d. J. ist u. a. der Vorstand durch einstimmigen Beschluss ermächtigt worden, **eine an I. Stelle hypothekarisch eingetragene 5%ige zu 102% rückzahlbare Obligations-Anleihe bis zu M 3000000,— aufzunehmen**, deren Erlös zur Zahlung von Restkaufgeldern, zur Abstossung von Bankschulden und zum weiteren Ausbau des Unternehmens Verwendung finden soll.

Die Anleihe ist in 3000 durch Indossament übertragbare Teilschuldverschreibungen zu M 1000,— eingeteilt, welche die Nummern 1—3000 tragen und vom 1. April 1912 ab mit 5% jährlich zu verzinsen sind. Die Zinsen sind halbjährlich am 1. Oktober und 1. April eines jeden Jahres fällig. Die Rückzahlung der Anleihe erfolgt vom 1. April 1917 ab mit einem Zuschlage von 2%, also mit M 1020,— für jede Teilschuldverschreibung, in jährlichen Tilgungsraten von M 45000,— zuzüglich der ersparten Zinsen, so dass die gesamte Anleihe am 1. April 1947 zurückgezahlt ist. Vom 1. April 1917 ab steht der Gewerkschaft das Recht zu, die Tilgung zu verstärken oder den ganzen noch umlaufenden Anleihebetrag nach voraufgegangener sechsmonatiger Kündigung auf den 1. Oktober oder 1. April eines Jahres zur Rückzahlung zu kündigen.

Zur Sicherstellung der Anleihe bezügl. der Forderungen aus den Teilschuldverschreibungen im Gesamtbetrage von M 3 000 000,— nebst Zinsen und Aufgeld wird auf den gesamten der Gewerkschaft gehörigen resp. ihr vertraglich gesicherten Grundbesitz einschliesslich Aufbauten und sämtlichen den Grubenbetrieb umfassenden Zubehörs eine Sicherungshypothek von M 3060000,— im Sinne des § 1187 des Bürgerlichen Gesetzbuches zur I. Stelle eingetragen.

Für den vertraglich gekauften, aber noch nicht eingetragenen Teil des Grundbesitzes der Gewerkschaft sind noch M 771 592,96 Restkaufgelder zu zahlen, wovon nach Vertrag mit den Verkäufern am 1. März 1914 M 268 380,16 und am 1. März 1917 M 503 212,80 fällig sind. Nach erfolgter Zahlung wird die Sicherungshypothek auch mit auf diesen Teil des Grundbesitzes ausgedehnt.

Der **Grundbesitz der Gewerkschaft** umfasst einschliesslich der bereits im Angriff genommenen Flächen ein Terrain von rund 147 ha, von denen etwa 15 ha auf Bau- und Bahnterrain und etwa 20 ha auf Haldenterrain entfallen.

Die **Grubenfelder** sind durch 205 systematisch verteilte Bohrungen aufgeschlossen. **Das Deckgebirge ist im weitaus grössten Feldesteile ca. 10,5 m stark, während das Kohlenflöz eine Durchschnittsmächtigkeit von ca. 15,5 m bei schwachwelliger Lagerung aufweist.**

Das im Grubenfelde anstehende, ausschliesslich durch Tagebau zu gewinnende Kohlenquantum ist auf mindestens 19.6 Millionen Tonnen Kohle zu bemessen, was einer Lebensdauer von ca. 35 Jahren bei einer jährlichen Produktion von ca. 180000 t Brikets entspricht. Die Kohle ist von erdiger Struktur und eignet sich vorzüglich zur Briketierung. Durch einen mit der benachbarten Gewerkschaft Michel in Frankleben, die über einen Kohlenreichtum von über 120000000 Tonnen verfügt, abgeschlossenen Lieferungsvertrag erhöht sich die Lebensdauer bei gleicher Produktion und unter Berücksichtigung umfangreicher Rohkohlenverkäufe auf ca. 45 Jahre. Ohne Zustimmung der als Treuhänderin für die Anleihe bestellten Deutschen Nationalbank, Kommanditgesellschaft auf Aktien, Zweigniederlassung Mülheim a. d. Ruhr, und ohne Stellung eines entsprechenden Gegenwertes, können die Rechte aus diesem Vertrage weder abgetreten, aufgehoben noch in ihren wesentlichen Teilen geändert werden.

Die **Brikettfabrik** ist für eine Tagesleistung von 60—70 Dwg. gebaut.

Die **Anlage** setzt sich zusammen aus:

1. dem Kessel- und Pumpenhause mit 14 Stück Zweiflammrohrkesseln von je 115 qm Heizfläche mit Ueberhitzern von je 85 qm Heizfläche für 14 Atmosphären Ueberdruck und Treppenrostfeuerung, Schornstein und Economiseranlage;
2. dem Nassdienst mit 1 kompletten Feinkohlensystem, 1 Rohkohlensortierungs- und 1 Kesselkohlenaufbereitungssystem;
3. dem Trocken- und Pressenhaus mit 6 Dampftellertrockenapparaten mit je 33 Etagen à 5 m Durchmesser, 7 Pressen grössten Modells mit Ventilsteuerung für 14 zöllige Brikets, 550 mm Zylinder-Durchmesser — 600 mm Hub;
4. der elektrischen Zentrale mit 2 liegenden Einzylinder-Ventildampfmaschinen von je 1500 PS Maximal-Leistung, wovon eine zur Reserve, 1 Drehstrom-Generator 865 K. W. Leistung, ferner aus einem Drehstrom-Gleichstrom-Umformer für Lichtzwecke, 220 Volt;
5. dem Kühlhause;
6. dem Briketschuppen;
7. dem Werkstattgebäude;
8. dem Maschinengebäude;
9. dem Bade- und Mannschaftshaus;
10. dem Verwaltungsgebäude;
11. dem normalspurigen Anschlussgleise von 10,1 km Länge nach Station Weissenfels a. S.

Die Wasser werden durch elektrisch angetriebene Kolben- und Zentrifugalpumpen und eine Reservedampfwasserhaltung bewältigt. Die erforderliche Kraft wird von der elektrischen Zentrale mittels einer Hochspannungsfreileitung (3000 Volt) übertragen. Die Betriebsspannung beträgt allerorts 500 Volt.

Die Gewerkschaft besitzt ferner 12 Beamten- und Arbeiterwohnhäuser mit insgesamt 41 Wohnungen.

Die Gewerkschaft besitzt ausserdem eine komplette Nasspresssteinanlage von 13 Millionen Stück Jahresleistung, 9 Trockenschuppen, 1 komplette Wasserhaltung, 1 gut vorgerichteten Tagebau, welcher ausser dem Bedarf für die Nasspresssteinanlage noch Förderkohle für Rohkohlenabsatz liefert. Das Deckgebirge besteht aus Sand und Kies, der zu Bauzwecken in der Nachbarschaft lohnend verwertet wird. Ferner besitzt die Gewerkschaft eine Ziegelei.

Die Gewerkschaft Gute Hoffnung schliesst sich mit ihrem gesamten Grubenfeldbesitz an das sogenannte Geiseltal bei Merseburg an und hat infolge der günstigen Ablagerung eine aussichtsreiche Zukunft.

Die Absatzmöglichkeit der Gewerkschaft ist als vorteilhaft zu bezeichnen, da sie frachtlich günstig nach Thüringen liegt, einem Gebiet, in welchem die Braunkohlenbriketts seit langem gut eingeführt sind und bei guten Preisen gehandelt werden.

Die Bahn schliesst sich bei Weissenfels an die Staatsbahnstrecke Halle-Erfurt an und führt durch das zukunftsreiche Industrieviertel der Stadt Weissenfels, wo bei günstiger, d. h. frachtlich billigster Lage gute Absatzmöglichkeiten für Brikets und Rohkohle vorhanden sind und sich noch in steigendem Masse ergeben werden.

Ist so ein genügend grosses und lohnendes Absatzgebiet vorhanden, so ist andererseits für die Einführung der Produkte der Gewerkschaft gemeinschaftlich mit den Schwester-Gewerkschaften Michel und Leonhardt insofern ausreichend gesorgt, als die Michel-Briketvertriebsgesellschaft G. m. b. H. in Gross-Kayna sowohl die bereits eingeführten Produkte der Gewerkschaft Michel wie auch die der Gewerkschaften Leonhardt und Gute Hoffnung vertreiben wird.

Seitens der Gewerken sind bisher Einzahlungen von insgesamt

M 3050000,—

geleistet worden.

Die Anleihe ist zum Handel und zur Notiz an den Börsen zu Bremen und Halle a. d. S. zugelassen worden.

Wir bringen einen Teilbetrag der vorstehenden Anleihe in Höhe von **M 1500000,—** zum freihändigen Verkauf.

Anmeldungen nehmen die nachstehenden Bank-Institute

der **A. Schaaffhausen'sche Bankverein** in **Cöln** und dessen Niederlassungen,
die **Deutsche Nationalbank,** Kommanditgesellschaft auf Aktien, Zweigniederlassung Mülheim a. d. Ruhr, in **Mülheim a. d. Ruhr,**
die **Deutsche Nationalbank,** Kommanditgesellschaft auf Aktien, in **Bremen** und **Dortmund** und deren Niederlassungen,
der **Essener Bankverein** in **Essen** und dessen Niederlassungen,
der **Hallesche Bankverein von Kulisch, Kaempf & Co.** in **Halle a. S.** und dessen Niederlassungen,
die **Mitteldeutsche Privat-Bank,** Aktiengesellschaft in **Magdeburg** und deren Niederlassungen,
die **Rheinisch-Westfälische Disconto-Gesellschaft** in **Aachen** und deren Niederlassungen,

zum Kurse von

100%

zuzüglich 5% Stückzinsen vom 1. April 1912 ab bis zum Tage der Abnahme entgegen. Die Erwerber tragen ausserdem den halben Schlussscheinstempel.

Der Wortlaut der aus 18 Paragraphen bestehenden Anleihebedingungen ist bei den vorgenannten Banken auf Wunsch erhältlich.

Cöln, im Mai 1912.
Frankleben,

Gewerkschaft Gute Hoffnung.

Willy Daelen. H. Bever.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19120509021/fragment/page=0004